

Das vereinte Deutschland in der Uno: Erwartungen und Möglichkeiten

Zum 40jährigen Bestehen der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

EBERHARD BRECHT

»Die Arbeit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, deren Aufgabe es ist, den Willen unserer Bürger zur Mitverantwortung an den Zielen der Vereinten Nationen wachzurufen und zu stärken, gewinnt jetzt noch größere Bedeutung.« So Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Grußbotschaft zur Feier des 40jährigen Bestehens der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, der er »bei der Erfüllung dieser wichtigen Aufgabe weiterhin viel Erfolg« wünschte. Die DGVN war am 10. Mai 1952 in einer historisch ganz anderen Situation als heute gegründet worden: Deutschland war geteilt, die Bundesrepublik knapp drei Jahre alt und noch unter Besatzungsstatut, eine Rückkehr in die Völkergemeinschaft sieben Jahre nach dem von Deutschen vom Zaun gebrochenen Weltkrieg und dem Grauen der Konzentrationslager noch fern. Vierzig Jahre später konnte die in Heidelberg gegründete DGVN ihr Jubiläum in einem geeinten und souveränen Deutschland feiern; sie tat dies in Leipzig, jener Stadt, die vor drei Jahren mit ihren Montagsdemonstrationen eindrucksvoll Zeugnis davon ablegte, was eine friedliche Volksbewegung für die Menschen- und Bürgerrechte zu bewirken vermag. Mit der Ortswahl für die Festveranstaltung kam, so Bundesaußenminister Klaus Kinkel in seiner Grußbotschaft, »zum Ausdruck, daß wir Deutsche uns auch in den UN als ein Volk präsentieren«.

Am 11. September beging die DGVN ihr Jubiläum im Neuen Rathaus zu Leipzig; dabei war auch ihr Gründungsmitglied Carl Eduard Bloem. Nach einführenden Beiträgen der DGVN-Vorsitzenden Helga Timm, des Leipziger Stadtpräsidenten Friedrich Magirius und des sächsischen Landtagspräsidenten Erich Illgen hielt DGVN-Vorstandsmitglied Eberhard Brecht die Festansprache, in der er sich mit den an das vereinte Deutschland als Mitglied der Vereinten Nationen gerichteten Erwartungen auseinandersetzte; sie ist nachstehend auszugsweise wiedergegeben.

Erwähnt sei noch, daß sich die DGVN am nächsten Tag am gleichen Ort mit ihrer Fachtagung »Ausländer und Deutschland« für Teilnehmer vornehmlich aus den neuen Bundesländern einem Thema zuwandte, das vor dem Hintergrund der Terrorakte eines rassistischen Mobs etwa in Rostock oder Quedlinburg und angesichts seiner unheimlichen Sympathisanten bedrückende Aktualität gewonnen hatte. Das Eintreten für die Menschenrechte aller und die Förderung des Menschenrechtsgedankens stellt sich somit der DGVN nicht als weitgehend erfüllte, sondern als unverhofft schwierige, stets aufs neue anzugehende Aufgabe.

Die Bundesrepublik Deutschland hat grundsätzlich ein natürliches Interesse an der Bildung und Stärkung multilateraler Strukturen und an der Mitwirkung in ihnen. Dafür sprechen ihre historischen Erfahrungen, ihre geographische Lage und ihre ökonomische Struktur. Deutschland hat in der Vergangenheit mit dem (gewaltsamen) Versuch, sich als Führungsmacht zu etablieren, schlechte Erfahrungen gemacht. Selbst eine Führungspartnerschaft mit der einzigen Weltmacht USA liegt nicht im deutschen Interesse. Die Furcht unserer europäischen Nachbarn vor einem übermächtigen und dominierenden Deutschland müssen wir, auch wenn sie nicht immer objektiv begründet ist, ernst nehmen. Das gebietet schon allein unsere Mittellage in Europa und die damit verbundene Tatsache, daß wir mehr Nachbarn haben als jeder andere Staat des Kontinents. Und ein Land, dessen Exportwirtschaft so wichtig ist, daß jeder dritte Arbeitsplatz von ihr abhängt, geht mit einer forschenden politischen Führungsrolle in Europa auch ökonomische Risiken ein. Das Ziel und grundsätzliche Interesse Deutschlands ist also nicht die Übernahme einer politischen Führungsrolle, sondern die Mitwirkung in und die Stärkung von multilateralen Institutionen. Zu den wichtigsten unter ihnen gehören neben der Europäischen Union und der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eben auch die Vereinten Nationen.

In der bisherigen deutschen Diskussion über eine Beteiligung an Friedensaktivitäten der Vereinten Nationen, die unter den historisch ungünstigen Bedingungen des Zweiten Weltkriegs entfacht wurde, hat sich ein Konsens über eine mögliche Beteiligung von Bundeswehreinheiten an den unterschiedlichen Aufgaben der Blauhelme herausgebildet. Strittig ist dagegen die Frage einer deutschen Beteiligung bei einer denkbaren Anwendung der in Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen Gegengewalt der Völkergemeinschaft bei einer Bedrohung oder einem Bruch des Weltfriedens oder einer Aggression. Die Streitfrage ist emotional besetzt und wird von allen Diskutanten entsprechend dramatisiert. Daß dies einem

sachlichen Austrag von Argument und Gegenargument nicht förderlich ist, liegt auf der Hand. Ich beabsichtige nun nicht, die in den politischen Parteien unseres Landes jeweils favorisierten Annäherungen an Kapitel VII der UN-Charta zu referieren und zu bewerten. Statt in die Diskussion verschiedener Ergebnisse dieses Meinungsbildungsprozesses einzutreten, möchte ich vielmehr über dessen argumentative Bausteine nachdenken.

In einem Film, der anlässlich seines Todes noch einmal ausgestrahlt wurde, beschrieb Heinz Galinski, der langjährige Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, die Sehnsucht seiner Mithäftlinge im Konzentrationslager nach einer baldigen Befreiung durch die alliierten Truppen. Der Rest Hoffnung der ausgemergelten Gestalten richtete sich unter anderem auf jene amerikanischen Soldaten, die trotz pazifistisch motivierter Proteste in ihrem Land in einem Einsatz »out of area« gegen Hitlerdeutschland voringen. Was den Geschwistern Scholl, dem Grafen Stauffenberg und den vielen anderen Widerstehenden in Deutschland selbst nicht gelang, wurde so von außen erzwungen. Sicherlich bestimmten nicht nur derart selbstlose Motive das amerikanische Engagement im Kampf gegen Hitlerdeutschland; sicherlich erlebten viele Deutsche durch eigene Leiderfahrung den 8. Mai 1945 nicht als Tag der Befreiung. Dennoch bleibt zu fragen, ob nicht drohender Völkermord – dann tatsächlich verübt an Millionen von Juden, Sinti und Roma – Grund genug für eine militärische Intervention sein kann? Bei aller gebotenen Vorsicht gegenüber historischen Analogien stellt sich nun auch für uns Deutsche die Frage, ob es neben dem Verteidigungsfall nicht auch Grenzsituationen gibt, in denen nach Ausschöpfung aller friedlichen Mittel der Konfliktbewältigung nur noch das militärische Eingreifen als Ultima ratio bleibt.

Gegen eine solche grundsätzliche Änderung deutscher Außenpolitik werden im wesentlichen die folgenden sieben Gegenargumente aufgeführt:

1 Die jüngere Vergangenheit unseres Volkes, so das erste Argument, verpflichte uns zu einer Politik, die Gewalt als Mittel von Außenpolitik grundsätzlich ausschließt. Als am 9. Mai 1955 Deutschland NATO-Mitglied wurde und im Oktober desselben Jahres Bundespräsident Theodor Heuss die ersten Soldaten der neuen deutschen Streitkräfte ernannte, meldete die westdeutsche Öffentlichkeit genau diesen Vorbehalt an. Der Soziologe Otto Hondrich bezeichnet die unglücklich erworbene Friedfertigkeit der Deutschen als ein hohes Gut unserer Nachkriegsepoche, das keinesfalls ausgehöhlt werden dürfe.

Obwohl ich einen solchen von Kriegserfahrung, Schuld und Scham getragenen Pazifismus nachvollziehen kann, befürchte ich doch, daß man dieserart leicht moralisierende statt moralischer Politik betreibt. Die Konsequenz aus der jüngeren deutschen Geschichte kann auch eine andere sein: Nie wieder wegsehen, nie wieder Unrecht beglaubigen, weder innen- noch außenpolitisch. Die deutsche Vergangenheit ist auch das Motiv der Friedensbewegung, der Friedfertigkeit der Deutschen prinzipiell zu mißtrauen. Ob diese Skepsis nun begründet ist oder nicht: Der veränderte völkerrechtliche Status der Bundesrepublik Deutschland kann und darf nicht zur Konsequenz haben, daß die wiedergewonnene staatliche Souveränität durch eine rein nationale Verfügungsgewalt über deutsche Streitkräfte ergänzt wird. Und in der Tat spricht alles dafür, daß die Bundesrepublik keinerlei militärische Schritte unternimmt, die nicht in multilaterale Formen der Verteidigungskooperation eingebettet sind. Eine Rückkehr zu einer nationalstaatlichen Außenpolitik wäre verhängnisvoll und würde die wünschenswerte Kontinuität einer bisher mit Erfolg betriebenen integrierenden Sicherheitspolitik zunichte machen. Je stärker nämlich die deutsche Außenpolitik nicht nur europäisch und atlantisch, sondern auch global eingebunden ist, um so weniger wird sie zu ›Sonderwegen‹ neigen.

2 Deutschland solle seine Ressourcen auf die Bekämpfung von Konfliktursachen – zum Beispiel Armut und Umweltzerstörung – konzentrieren; militärische Interventionen würden diese Probleme auch nicht lösen.

Es ist tatsächlich zu fragen, warum die reichen Industriestaaten die globalen Risiken so halbherzig angehen. Dennoch: Auch bei bestem Willen werden wir oder andere Industriestaaten nicht in der Lage sein, alle Konfliktherde präventiv zu befrieden, seien sie nun wirtschaftlicher oder kulturell-ethnischer beziehungsweise religiöser Natur. Richtig an der Forderung nach mehr Konfliktprävention ist allerdings, daß die Ermöglichung einer militärischen Option die Anstrengungen für eine nicht-militärische mindern könnte. Dem müssen wir widerstehen.

3 Den Groß- und Mittelmächten müsse man unterstellen, daß sie vorgeben, den Weltfrieden wiederherzustellen, letztlich aber die UN nur für ihre eigenen Interessen instrumentalisierten.

Hier befinden sich die Vereinten Nationen in der Tat in einer Falle: Überläßt man die Entscheidung, wann der Weltfrieden und die internationale Sicherheit gefährdet ist, vornehmlich den Industriestaaten, kann deren Eigennutz kaum ausgeschlossen werden; würde andererseits der Sicherheitsrat ohne jede Berücksichtigung der unterschiedlichen Machtverhältnisse der Mitgliedstaaten reorganisiert, wäre er kaum entscheidungs- und durchsetzungsfähig. Durch Reformen der UN wird man die nationalen Egoismen minimieren, aber nicht völlig beseitigen können. Das Ziel, daß die Uno bei künftigen Aktionen der Friedens erzwingung die alleinige Entscheidungs- und Befehlsgewalt über die eingesetzten Truppen innehat, muß bleiben, wenn die friedensschaffende Aufgabe des Sicherheitsrats und der UN im ganzen keinen Schaden nehmen soll.

4 Die Konsequenzen einer nach Artikel 42 der UN-Charta durchgeführten militärischen Aktion seien kaum vorhersehbar, der völkerrechtsbrechende Staat könne gegenüber den

UN-Streitkräften atomare, biologische oder chemische Waffen einsetzen oder auch starken konventionellen Widerstand leisten, so daß nur unter hohen Opfern dem Völkerrecht Geltung verschafft werden könne. Dies wissend, werde der Sicherheitsrat das letzte Mittel, die Anwendung militärischer Gewalt, in der Regel nur dann beschließen, wenn der Weltfrieden durch einen militärischen eher schwachen Staat gefährdet sei. Wäre eine deutsche Regierung zum Beispiel bereit, das Leben von tausenden Bundeswehrsoldaten zu opfern, um in einer beliebigen Krisenregion dem Völkerrecht Geltung zu verschaffen? Hier klafft tatsächlich eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit, die man endgültig nie schließen können wird.

5 Nachdem der Geist des Krieges durch die Furcht vor Kernwaffen jahrzehntelang in der Flasche gehalten werden konnte, entweiche er nun nach dem Ende der Blockkonfrontation und entwickle sich zu einer Interventionshysterie – so etwa Ernst-Otto Czempel –, die sich derzeit beispielsweise an der Verminderung der psychologischen Hemmschwelle zur militärischen Intervention in Bosnien-Herzegowina in der deutschen Öffentlichkeit beobachten lasse.

Um dieser Gefahr vorzubeugen, wäre eine deutsche Beteiligung an militärischen Zwangsmaßnahmen im Rahmen der UN an die hohe parlamentarische Hürde der Zweidrittelmehrheit zu binden, so daß ein leichtfertiges militärisches Abenteuer unwahrscheinlich wird.

6 Die Kapitel-VII-Diskussion sei momentan abwegig, da es derzeit weder Sonderabkommen nach Artikel 43 der UN-Charta gebe, noch die Bundeswehr für eine Teilnahme an UNEinsätzen schon genügend vorbereitet sei.

Ich denke, daß dieses Argument nur aufschiebende Wirkung hat und uns nicht von der Grundsatzdiskussion befreit.

7 Nach wie vor, so schließlich das siebente Argument, lehne eine große Mehrheit in der deutschen Bevölkerung die Beteiligung deutscher Soldaten an militärischen Zwangsmaßnahmen außerhalb des NATO-Gebietes ab.

Diesem Argument kann man sich kaum entziehen. Auch Bundesverteidigungsminister Volker Rühle stimmt Henry Kissinger zu, der von den Deutschen einen Kampfeinsatz in den nächsten zehn Jahren nicht erwartet. Angesichts der gerade im Osten Deutschlands bedrohlichen Politikverdrossenheit hielte ich ein Ignorieren dieser Bürgermeinung für fatal. Wer die künftige Akzeptanz einer erweiterten Sicherheits- und Verteidigungspolitik vor dem Hintergrund gewandelter internationaler Verhältnisse nicht gefährden will, wird auf den Versuch einer handstreichartigen Kursänderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik verzichten müssen. Eine grundsätzliche Zustimmung zur Übernahme der Beistandspflichten, die mit dem Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen verbunden sind, impliziert nicht, daß nun Eile geboten ist, um die Voraussetzungen für eine deutsche Teilnahme an Kampfeinsätzen zur Wiederherstellung des Weltfriedens zu schaffen. Wir haben Zeit; nichts und niemand drängt uns zu überhasteten Entschlüssen.

Alle genannten Argumente gegen eine deutsche Beteiligung an militärischen Zwangsmaßnahmen nach Kapitel VII der UN-Charta legitimieren nicht eine Sonderrolle der Deutschen in den Vereinten Nationen. Das Gebot politischer Klugheit läßt mich aber zu der Auffassung kommen, daß sich das vereinte Deutschland nur schrittweise auf eine exponiertere Rolle der Bundeswehr bei der internationalen Friedenssicherung im Rahmen der UN hinbewegen kann. Das braucht die deutsche Außenpolitik nicht daran zu hindern, sich für eine verbesserte Funktionsfähigkeit des Sicherheitsrats einzusetzen. Damit stellt sich auch die Aufgabe einer reformierten Entscheidungsstruktur der Weltorganisation mit verbesserter Repräsentanz und Handlungsfähigkeit. Aus deutscher Sicht geht es dabei auch um die Frage, ob unser Land auf einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat hinarbeiten soll. Da die Charta der UN eine Re-

präsentanz von Staatengruppen im Sicherheitsrat nicht vorsieht und eine gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik noch nicht absehbar ist, denke ich, daß wir uns auf die Einnahme eines ständigen Sitzes einstellen sollten.

Gegenüber starken Verengungen der deutschen Diskussion muß man festhalten, daß Fragen der internationalen Sicherheit nicht nur und nicht einmal in erster Linie auf militärischer Ebene zu beantworten sind. Die eigentlichen Bedrohungen und Risiken der Weltgesellschaft müssen auf den Gebieten des Umweltschutzes und des Nord-Süd-Gegensatzes angegangen werden. Daß man die zurückliegende dritte UN-Entwicklungsdekade als ‚verlorenes Jahrzehnt‘ bezeichnen muß, wirft ein düsteres Licht auf die Entwicklungspolitik der Industrieländer und auf die Folgen einer asymmetrischen Weltwirtschaftsordnung, die einseitige Abhängigkeiten schafft und es verhindert, daß die Staaten der Dritten Welt sich aus eigener Kraft aus ihrem Elendszustand herausarbeiten können. Obwohl die Alarmzeichen – katastrophale Hungersnöte, Verteilungskämpfe, Armutswanderungen, Verelendung und Unterentwicklung – immer schriller klingen, haben sich die Indu-

striestaaten zu einem gründlichen Kurswechsel in der Entwicklungspolitik bisher nicht entschließen können.

Deren unbefriedigende Ergebnisse werfen für uns die Frage auf, ob im Rahmen der Vereinten Nationen eine Fortführung der bisherigen deutschen Politik gegenüber den Entwicklungsländern noch angemessen ist. Sie muß in Zukunft nicht nur der Forderung der UN nachkommen, 0,7 vH des Bruttosozialprodukts als öffentliche Entwicklungshilfe zu vergeben, sie mußte auch neue Handlungskonzepte einer veränderten Entwicklungspolitik erstellen. Gute Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch, beispielsweise der einer Sozialpolitik der reichen Länder des Nordens gegenüber den armen Ländern des Südens oder der Gedanke einer ‚Automatisierung‘ der Entwicklungshilfe. Man sollte ihnen nähertreten, denn eine Politik, die dazu bereit ist, zur Sicherung des Friedens im Zweifel auch Zwangsmaßnahmen in Anspruch zu nehmen, muß alles tun, um heraufziehenden Konflikten durch menschenrechtsorientiertes und sozial verantwortliches Handeln vorzubeugen – auch wenn es etwas kostet, was derzeit besonders knapp zu sein scheint: Geld.

Wir wollen unsere Streitkräfte den Vereinten Nationen zur Verfügung stellen

Rede des deutschen Außenministers vor der 47.UN-Generalversammlung
(23. September 1992)

KLAUS KINKEL

Herr Präsident, Herr Generalsekretär, meine Damen und Herren! Als die Generalversammlung Sie, Herr Präsident, in der vergangenen Woche in Ihr hohes Amt gewählt hat, bekannte sie sich damit auch zum Sieg von Freiheit und Demokratie in ganz Europa. Ich beglückwünsche Sie hierzu und begrüße Sie als Vertreter eines Landes, zu dem wir seit langem enge und freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Für Sie, Herr Generalsekretär, ist dies die erste Generalversammlung seit Ihrer Amtsübernahme. Für die Entschlossenheit und Tatkraft, mit der Sie die gewaltigen, vor Ihnen stehenden Aufgaben angepackt haben, verdienen Sie unser aller Anerkennung. Mein besonderer Gruß gilt den Vertretern der Länder, die seit der letzten Generalversammlung neu in unsere Organisation aufgenommen wurden.

Die Welt atmete auf, als die Ost-West-Konfrontation endlich zu Ende war. Fast war eine Euphorie des Friedens spürbar geworden. Heute ist Ernüchterung eingetreten. Mit der Freiheit sind der Welt nicht nur historische Chancen erwachsen, es sind auch alte Dämonen zurückgekehrt – blinder Nationalismus und Machthunger, Fremdenhaß und religiöser Fanatismus. Dabei sind die dramatischen Umbrüche der politischen Landkarte noch längst nicht zum Stillstand gekommen. Die Auswirkungen des Bebens können wir noch nicht voll abschätzen, und auch Nachbeben können wir nicht ausschließen. Über all den neuen Sorgen dürfen wir jedoch eines nicht vergessen: Kaum eine Generation vor uns hatte solche Chancen, gemeinsam in guter Nachbarschaft, in Frieden, Harmonie und Wohlstand zu leben. Deshalb können wir zuversichtlich sein.

Und dies gilt nicht nur für Europa: Das Ende des Ost-West-Konflikts hat auch auf der Südhalbkugel den Weg geebnet zur Lösung von Konflikten, die über Jahrzehnte unlösbar erschienen. Im Nahen Osten, im Südlichen Afrika oder in Kambodscha gehen die Konfliktparteien aufeinander zu in einer Weise, wie es in den Zeiten der ideologischen Stellvertreterkämpfe undenkbar gewesen wäre.

Meine Botschaft ist deshalb: Lassen wir uns weiter von der Vision einer besseren und gerechteren Welt leiten. Mit großer Beharrlichkeit haben wir die Ost-West-Konfrontation abgebaut. Das gleiche Engagement, den gleichen langen Atem brauchen wir jetzt für den Aufbau einer neuen Ordnung. Wir müssen uns der freigewordenen Kräfte bewußt bleiben und sie für den Frieden und für die Menschen nutzen.

Mit der Schaffung der Europäischen Union versucht die Europäische Gemeinschaft eine Jahrhundertchance für ganz Europa am Schopf zu packen. Es ist die Vision eines wirklich vereinten Europas. Das ‚Ja‘ unserer französischen Freunde zu dieser Union hat uns die Chance zur Verwirklichung dieses großen Ziels erhalten. Die Regierungen müssen aber auch ihre Bürger auf diesen Weg nach Europa mitnehmen. Europa wächst nicht aus Verträgen, es wächst aus den Herzen seiner Bürger oder gar nicht. Die Stärkung des Vertrauens unserer Bürger in eine gemeinsame europäische Zukunft bleibt die Hauptaufgabe der Gemein-

schaftspolitik in den vor uns liegenden Monaten. Was an Unzufriedenheit, Unsicherheit und Unverständnis in fast allen Ländern angekommen ist, kann nicht einfach beiseite geschoben werden. Es bedarf allerdings keiner Änderung des Maastrichter Vertragswerks, um manches aufzufangen.

Die Europäische Gemeinschaft ist nicht nur ein Modell der Hoffnung, der Prosperität für den Osten Europas, sie hat auch mit den Entwicklungsländern neue Formen der Zusammenarbeit und der Partnerschaft erschlossen. Ihr Integrationsmodell ist Vorbild für viele regionale Initiativen in Asien, in Afrika und in Lateinamerika. Auch aus dieser globalen Verantwortung heraus muß Europa zu einer Stimme werden – auch hier in den Vereinten Nationen.

In dieser Zeitenwende, wo so vieles in Frage gestellt ist, was gestern noch galt, wo viele Menschen im Westen ihren Besitzstand, ihre persönliche Sicherheit und ihre nationale und kulturelle Identität gefährdet sehen, wo eine noch größere Zahl im Osten und im Süden heute nicht weiß, wovon sie morgen leben soll, wo ein Heer von Kriegs- und Armutsflüchtlingen zu einer neuen Völkerwanderung zu werden droht – in dieser Situation müssen wir eine Antwort auf die Frage finden, ob der neue gemeinsame Anlauf der Weltgemeinschaft nach dem Ende des Kalten Krieges in der Lage ist, die Herausforderungen unserer Zeit zu meistern. Die Lösungsfähigkeit der Politik insgesamt ist in Zweifel geraten – und dies nicht nur in Europa. Die Erwartungen der Menschen und die praktischen Ergebnisse der Politik im Innern wie nach außen klaffen weit auseinander. Die Politik steht unter dem Gebot, Reden und Handeln wieder in größere Übereinstimmung zu bringen. Der historische Prozeß der europäischen Einigung wird gegenwärtig überschattet durch etwas, was man vor wenigen Jahren noch für unvorstellbar gehalten hätte: durch die Rückkehr der Barbarei in das europäische Haus. In Bosnien-Herzegowina tobt ein Vernichtung- und Vertreibungskrieg, der eine schreckliche Vergangenheit wieder heraufbeschwört. Was dort geschieht, und das kann man nicht deutlich genug sagen, ist Völkermord! Die Londoner Konferenz hat die Entschlossenheit der Staatengemeinschaft verdeutlicht, die Waffen zum Schweigen zu bringen. Sie hat als gemeinsame große Anstrengung der Vereinten Nationen und der Europäischen Gemeinschaft den Genfer Verhandlungsprozeß eingeleitet – wohl eine der letzten Chancen für eine politische Lösung in absehbarer Zeit. Die Vorsitzenden dieser Konferenz, Cyrus Vance und Lord Owen, haben unsere volle Unterstützung. Deutschland wird seinen Beitrag im Rahmen dieser Friedenskonferenz leisten. Eines muß ganz klar bleiben: Die Staatengemeinschaft wird mit Gewalt veränderte Grenzen niemals anerkennen. Wer auf spätere Hilfe der Völkergemeinschaft hofft, muß jetzt und sofort die Waffen schweigen lassen!

Trotz vorsichtiger Anzeichen dafür, daß sich die serbische Führung der Konsequenzen der Ächtung der Völkergemeinschaft vielleicht doch